



Sowohl die Initiative als auch der direkte Gegenentwurf wollen das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern.

Bild: Martin Rüttschi/Keystone

Ständerat entzaubert Ettlin

Privatsphäre Der Ständerat sieht keine Veranlassung, das Bankgeheimnis zu stärken. Die Volksinitiative lehnt er ohne Gegenstimme ab. Der Gegenvorschlag von CVP-Ständerat Erich Ettlin, der im Nationalrat noch eine Mehrheit gefunden hatte, fällt ebenfalls durch.

Roger Braun

Er stand gestern im Zentrum der ständerätlichen Debatte um das Bankgeheimnis: Erich Ettlin, CVP-Ständerat aus Obwalden. Seinetwegen befand der Rat nicht nur über die Volksinitiative zum besseren Schutz des Bankgeheimnisses, sondern auch über einen Gegenvorschlag.

Selbstverständlich ist das nicht. Noch vor den Wahlen im Oktober 2015 wollte die vorberatende Kommission keinen Gegenvorschlag. Dann wurde Ettlin in den Ständerat gewählt. In seiner ersten Sessionswoche tüftelte er einen Vorschlag aus, der für sämtliche bürgerlichen Parteien annehmbar sein sollte. Diejenigen Punkte der Initiative, welche die Schweiz zurück an den internationalen Steuerpranger gebracht hätten, wurden entfernt. Stattdessen beschränkte sich Ettlin weitgehend darauf, den Status quo in der Verfassung festzuschreiben. Das gefiel. Die vorberatende Kommission kam auf ihren Entscheid zurück und

befürwortete den Gegenvorschlag; später stimmte auch der Nationalrat mit komfortabler Mehrheit zu. Ettlin wurde mit Lob überschüttet. Als Senkrechstarter wurde er gefeiert, einige Medien machten ihn bereits zum Bundesratskandidaten.

Dann kam der Ständerat. Und der meinte es weniger gut mit Ettlin. Bereits die Kommission empfahl den Gegenvorschlag zur Ablehnung. Gestern nun folgte der Gesamtrat. Klarer als erwartet lehnte der Ständerat mit 25 zu 19 Stimmen den Gegenvorschlag ab. Die Volksinitiative fiel gar oppositionslos durch.

CVP-Ständerat Pirmin Bischof (SO) nannte für die Kommission drei Gründe für die Ablehnung des Gegenvorschlags:

– Unnötig: Die Privatsphäre wie auch das Bankkündengeheimnis seien bereits im heutigen Recht ausdrücklich geschützt.

– Ermunterung zur Steuerhinterziehung und bestärke damit unehrliche Steuerzahler. Dies führe zu Steuereinsparungen des Staates.

– Zementierung geltenden Rechts: Mit der Verankerung der geltenden Gesetze in der Verfassung schränke das Parlament seine Handlungsfreiheit unnötig ein, da Änderungen zwingend mit einer weiteren Volksabstimmung verbunden seien.

Ettlin entgegnete, es gehe um Verlässlichkeit. Vor ein paar Jahren habe die Politik der Bevölkerung gesagt, das Ausland würde sich am Bankgeheimnis die Zähne ausbeissen. «Doch nun muss ich feststellen: International ist das Bankkündengeheimnis weg, und die Zähne der internationalen Partner sind noch da.»

Ettlin verwies auf die Kantone, die das Bankgeheimnis im Inland schwächen wollten und die steigende Zahl der Steueramts-hilfesuche aus dem Ausland. «Wenn wir hier einen Riegel schieben und sagen: Schaut, wir haben Sorge zum Bankkunden-

geheimnis, dann sind wir verlässliche Partner für unser Volk.»

Unterstützung erhielt Ettlin von der SVP und einer Mehrheit

«Wenn wir einen Riegel schieben, sind wir verlässliche Partner für unser Volk.»



Erich Ettlin
Ständerat CVP/OW

der FDP. Für Ständeratin Karin Keller-Sutter (FDP/SG) hat das Bankgeheimnis staatspolitische Bedeutung. Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehöre das Prinzip, dass jeder selbst entscheiden könne, was andere wissen, sagte sie. «Wer keine Abweichung des heutigen Zustands will und den Schutz der finanziellen Privatsphäre beibehalten will, darf die Hürde für eine Gesetzesänderung auch erhöhen», argumentierte sie.

FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) widersprach. Er bezeichnete die Initiative als falsches Mittel, um den Status quo zu verteidigen. «Ich bin gegen Initiative und Gegenvorschlag, aber für das geltende Recht. Sollte dieses jemand herausfordern, unterstütze ich gerne das Referendum.» FDP-Ständerat und Economiesuisse-Vorstandsmitglied Ruedi Noser (ZH) warnte vor einer Schwächung der Wirtschaft, da die Festschreibung des Status quo in der Verfassung eine dringend notwendige Reform der Verrechnungssteuer erschwere. Es gehe

den Befürwortern um «emotionale Vergangenheitsbewältigung», die nichts bringe ausser internationalen Ärger und eine schlechtere Steuermoral.

CVP versagt Ettlin die Gefolgschaft

Auch von Ettlins eigener Partei kam Widerstand. «Macht es Sinn, einen Gegenentwurf zu konzipieren, der vom Bundesrat, von Ihrer vorberatenden Kommission, von den Kantonen und insbesondere von der Branche sowie von Economiesuisse abgelehnt wird?», fragte etwa CVP-Ständerat Konrad Graber (LU).

Schliesslich hielten bei der CVP einzig vier Mitglieder zu Ettlin, während bei der FDP vier Parlamentarier ablehnten. Daraus resultierte ein klares Nein. Da sich der Nationalrat für einen Gegenentwurf ausgesprochen hatte, geht das Geschäft zurück in die grosse Kammer. Mit dem klaren Entscheid von gestern im Ständerat dürfte der Gegenvorschlag allerdings kaum je vors Volk kommen.

Grundeinkommen wird getestet

Utopie Trotz des Volks-Neins zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen wollen die Initianten ihre Utopie nicht aufgeben. Sie planen, das Grundeinkommen als nächstes in einem grossangelegten Experiment mit mehreren hundert Personen zu simulieren. Dazu wurde nun die Organisation «Dein Grundeinkommen» gegründet. Finanziert werden soll der Versuch mittels Crowdfunding. Ziel ist eine Art Solidaritätsversicherung.

Das bedingungslose Grundeinkommen soll dann ausgezahlt werden, wenn andere Einkommensquellen versiegen. (sda)

Poststellenabbau ohne Leitplanken

Service public Bis 2020 soll es noch 900 Poststellen geben. Für die unabhängige Aufsichtsbehörde sind die Minimalvorgaben im Gesetz für den Netzbau zu tief.

Die zuständige Aufsichtsbehörde nimmt den Umbau des Poststellennetzes kritisch zur Kenntnis. Dieser liege in der Kompetenz der Post, die sich an die gesetzlichen Vorgaben zu halten habe. Nach Auffassung der Postcom schreibt die Verordnung jedoch so tiefe Minimalvorgaben vor, dass sich daraus keine Leitplanken ableiten lassen. Angesichts der Wichtigkeit des Service public für die Bevölkerung vermöge die heutige Situation nicht zu be-

friedigen. Bis 2020 sollen noch 800 bis 900 traditionelle Poststellen betrieben werden. Durchschnittlich werden pro Jahr rund 100 Poststellen umgewandelt.

Die Schliessung von Poststellen sorge zwar teilweise für Aufruhr, sagte Postcom-Präsident Hans Hollenstein gestern vor den Medien. Eine Agenturlösung als Ersatz sei aber auch eine Chance, um beispielsweise einen kleinen Dorfladen erhalten zu können. So reagiere die Bevölkerung oft posi-

tiv, wenn es in einem Dorf eine Postagentur gebe. Die Diskussionen mit den Kantonen ermöglichen heute auch regionale Lösungen, erwähnte der ehemalige Zürcher Regierungsrat zu den positiven Punkten.

Hohe Pünktlichkeit

Im Berichtsjahr 2016 beträgt die Pünktlichkeit bei den A-Post-Briefen erstmals 98 Prozent (2015: 97,8 Prozent). Bei den B-

Post-Briefen konnte die Post ein gleich hohes Resultat wie im vergangenen Jahr ausweisen: 98,9 Prozent erreichten ihre Empfänger rechtzeitig. 98,1 Prozent der Priority-Pakete wurden ihren Empfängern pünktlich zugestellt, was gegenüber dem 2015 verzeichneten Wert von 97,5 Prozent eine weitere, deutliche Steigerung darstellt. Die Laufzeit für Economy-Pakete sank hingegen leicht und beträgt 97,2 Prozent (2015: 97,5 Prozent). (sda)

Subventionen für Fleischwerbung

Marketing Der Nationalrat will Werbung für Schweizer Fleisch weiter unterstützen. Er lehnt eine Initiative ab, welche die Subventionen von rund sechs Millionen Franken streichen wollte. Der Vorstoss stammte von SP-Nationalrat Beat Jans (BS). Seiner Meinung nach unterläuft die Kampagne die Klimaschutz- und Gesundheitsvorsorgebemühungen des Bundes. Zudem würden Steuergelder verschwendet. Kommissionssprecher Leo Müller (CVP/LU) konterte, Zweck der Werbung sei, dass inländisches statt importiertes Fleisch konsumiert werde. (sda)